

Alternative für Deutschland – Landesverband Berlin ·  
Kurfürstenstraße 79 · 10787 Berlin

Hausärzteverband Berlin Brandenburg e.V.  
Kulmbacher Str. 15  
10777 Berlin

Berlin, den 25.08.2021

### **Ihre Anfrage vom 11.8.2021**

Sehr geehrter Herr Dr. Kreischer,

vielen Dank für Ihr Interesse an unseren gesundheitspolitischen Standpunkten und dem daraus formulierten Wahlprogramm unserer Partei.

Wir schätzen solche direkten Anfragen sehr und stehen darüber hinaus für einen weiteren Austausch gern zur Verfügung. Wir erlauben uns daher auch, diesem Schreiben unser vollständiges gesundheits- und sozialpolitisches Wahlprogramm beizufügen und möchten Sie ermuntern, Informationen und Standpunkte aus diesem Programm weiterzugeben. Wir sehen Deutschland und sein Gesundheitssystem in einer Strukturkrise, die wir als Partei überwinden wollen, so wir denn letztendlich Regierungsverantwortung übertragen bekommen.

Sie stellen konkrete Fragen zu den Arbeiterschwernissen der hausärztlichen Praxen sowie die zunehmend schwindende Attraktivität des niedergelassenen Arztberufs. Sie stellen dabei verständlicherweise die Interessen der Hausärzte in den Mittelpunkt.

Doch die Politik der AfD kann nicht nur auf die Situation der Hausärzte ausgerichtet sein, sondern muss das Interesse aller Beteiligten des Gesundheitswesens im Blick haben: Ärzte, Assistenzkräfte, Therapeuten, Patienten aber auch Beitragszahler.

Wir beurteilen das Gesundheitswesen Deutschlands im gesamten als gut, doch in Teilen dringend verbesserungsbedürftig: Gut, weil existenzsichernd, ist das duale Versicherungssystem, für das wir stehen. Gut ist die hohe Zahl an freiberuflich aktiven Menschen, die mit ihrem hohen Einsatz überdurchschnittlich effizient sind und die von uns unterstützt werden. Gut, weil versorgungssichernd, ist das System der Kassenärztlichen Vereinigungen, das aber gegenüber Kassen und Politik aufgewertet werden muss. Nachteilig ist die Budgetierung von Behandlungskapazitäten, das Prinzip der Kopfpauschalen und die „Flatrate-Mentalität“ mancher Versicherten

Hier setzen wir mit unserer Korrektur an, wie Sie unserem Wahlprogramm entnehmen können.  
Nun zur Beantwortung Ihrer konkreten Fragen:

Die unterschiedliche Regionalität der Etablierung von Selektivverträgen offenbart die Schwäche dieser Verträge – sie sind nämlich nicht bilateral auf Augenhöhe.

Dort, wo es einzelnen Kassen wirtschaftlich opportun ist, werden sie abgeschlossen, wo sie unattraktiv werden, werden sie gekündigt. Dies ist keine Basis für eine faire wirtschaftliche und organisatorische Zusammenarbeit zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern. So lange keine kraftvolle Verhandlungsposition auf der Vertragsärzteseite existiert, kann diese auch nicht entstehen.

Wir, die AfD, setzen daher gerade nicht auf Selektivverträge. Wir wollen die Kassenärztlichen Vereinigungen zu Interessenvertretungen der Vertragsärzteschaft machen, die dadurch die Gesundheitsversorgung der Patienten und unserer Wähler qualitativ besser vornehmen können. Das schließt das Ende der Budgetierung ebenso ein wie das Ende des Systems der Kopfpauschalen und des Status als KdöR.

Die Covid19-Pandemie hat die –lange bekannten- Mängel unseres Gesundheitswesens noch schonungslos offenbart: Mangelhafte Leistungsfähigkeit des ÖGD, planwirtschaftliche Regelungen für die Krankenhäuser, fehlende unabhängige wissenschaftliche Beratung der Regierung u.v.a.m.

Wir sind überzeugt, die freiberufliche Vertragsärzteschaft hat mit ihrem großartigen Einsatz eine medizinische Versorgungskatastrophe (wie in vielen anderen Ländern) verhindert. Natürlich standen im Mittelpunkt die Hausärzte, aber auch Augenärzte, HNO-Ärzte, Kinderärzte und andere.

Dafür gebührt großer Dank und Anerkennung.

Unsere Auffassung als AfD ist aber, dass Dank alleine nicht genügt. Wir haben mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen müssen, dass für sämtliche Mitarbeiter des ambulanten und stationären Gesundheitssystems KEINE ständigen Leistungs- oder Gefahrenzulagen gezahlt werden.

Das hätten wir besser gemacht.

Wir haben das Versagen der Bundesregierung in etlichen Problemfeldern der Pandemie beobachten müssen: Fehlende Schutzausrüstungen für Arztpraxen, bürokratisch behinderte Inzidenzverfolgungen, altruistische Impfstoffbestellung, Isolierung von Menschen am Lebensanfang wie am –ende, überzogene Belastungen von Kindern und Familien und vieles mehr.

Was wir als AfD seit Anfang 2020 fordern, war und ist ein Pandemierat. Dieser Rat sollte ALLE wissenschaftlichen Einschätzungen abbilden und in Arbeitsgruppen qualifizierte Ärzte aller Fachrichtungen, Psychologen, Epidemiologen, Sozialwissenschaftler u.a.m. Handlungsempfehlungen erarbeiten lassen. DAS wäre eine angemessene Reaktion der Bundesregierung auf die Pandemie gewesen - und nicht die Ausschaltung des Deutschen Bundestags durch das mit einfacher Mehrheit von CDU und SPD beschlossene Gesetz zur „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“.

Die Hausärzte gehören für uns auf jeden Fall in diesen Pandemierat.

Eine „interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen durch Vernetzung von Kliniken, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und den Kostenträgern zu fördern“ ist ein sehr gutes

Ansinnen. Allerdings ist auch klar, dass es sich um Vertreter mit zum Teil erheblich gegensätzlichen Interessen handelt. Wir sehen hier die Notwendigkeit, Chancengleichheit auf allen Verhandlungsseiten zu gewährleisten. Selbstverständlich sind wir dazu auch zu einem Dialog mit dem Hausärzterverband bereit.

Ihre Frage zum drohenden Hausärztemangel möchten wir aus unserem Grundsatzprogramm beantworten. Wir realisieren bei der demographischen Lage der Bevölkerung und der Ärzteschaft bei weitem nicht nur einen Mangel an Hausärzten, sondern an Ärzten und Pflegekräften insgesamt.

So fordern wir, wie erwähnt, das Ende der Budgetierung und die Einführung einer Einzelleistungsvergütung. Wir wollen einer nicht medizinisch notwendigen Behandlungsausweitung entgegenwirken. Dies wird sowohl eine deutliche Honorarerhöhung bedeuten, als auch eine Verringerung der Behandlungsfrequenzen und Arbeitsbelastung.

Bürokratieabbau versprechen Ihnen viele Parteien. – Wir meinen es ernst damit.

Telemedizinische Behandlungen und med. Delegationsregelungen sind bereits im Entstehen. Wir begrüßen außerdem die Sicherstellung der ambulanten Notfallversorgung außerhalb der Praxiszeiten durch ein flächendeckendes Netz an Bereitschaftszentralen.

Studienplatzkontingente für Allgemeinmediziner existieren bereits.

Dass die „Digitalisierung“ Probleme bereitet, ist uns auch aus Eigenerfahrung bekannt.

Wir beobachteten allerdings bereits vor der Etablierung der TI, dass die KBV über Software-Zertifizierungen mangelbehaftete und praxisinkompatible Updates in Praxen senden ließ. Hier muss Abhilfe geschaffen werden, in der Form, dass die KBV zu Prüfprozessen auf Praxistauglichkeit verpflichtet wird.

Die AfD hat die Etablierung der Telematik-Infrastruktur in der jetzigen Form immer abgelehnt. Wir bemängeln weiterhin erhebliche Sicherheitslücken, die die sensiblen Gesundheitsdaten von Patienten gefährden. Auch sehen wir den Rechtsverstoß gegen die EU-DSGVO-Verordnung.

Aktuell sind ca. 85% der Praxen an die TI angeschlossen. Der Verpflichtung, alle Kosten, die zur Etablierung und Unterhaltung der Telematik-Infrastruktur notwendig sind, zu übernehmen, sind weder die KVen, noch die Kostenträger, noch das BMG nachgekommen.

Auch diesen Vorgang beurteilen wir als symptomatisch für den nicht immer respektvollen Umgang der etablierten Parteien mit den freiberuflichen Vertragsärzten Deutschlands.

Wenn Sie als Hausärzteschaft Berlins und Brandenburgs ausreichende Erfahrungen mit dieser Art von Politik gesammelt haben, würden wir uns freuen, wenn Sie und Ihre Patienten uns am 26. September unterstützen - für ein leistungsfähigeres ambulantes Gesundheitswesen, für die Zukunftsfähigkeit Ihrer Hausarztpraxen und für ein gesundheitspolitisch eigenständiges Deutschland!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kristin Brinker  
Landesvorsitzende  
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin